WP6 A. Umwelt bewahren – nachhaltig wirtschaften 3. Klimaschutz und Energiewende: damit Thüringen lebenswert bleibt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Klimaschutz und Energiewende: damit Thüringen lebenswert bleibt

Die Klimakrise bedroht unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Hitzewellen und Dürren, Hochwasser und Starkregen, immer weniger Tage Schnee im Winter – die Krise ist das neue Normal geworden. Insbesondere ältere Menschen, Schwangere, Kleinkinder und chronisch kranke Personen leiden unter der Hitze. Aber auch die Land- und Forstwirtschaft sind durch Trockenheit und die Zunahme von Schädlingen gefährdet. Die Klimakrise lässt Seen austrocknen, Flüsse und Bäche trockenfallen und das Grundwasser absinken. Gleichzeitig werden durch Überschwemmungen immer häufiger Straßen und Gebäude überflutet.

Diese Extremwetter-Ereignisse werden sich nach dem aktuellen Trend deutlich verschärfen. Deshalb wollen wir unseren Beitrag dafür leisten, dass der weltweite Treibhausgas-Ausstoß reduziert wird. Spätestens die Hochwasser-Katastrophe im Ahrtal 2021 hat gezeigt: An eine Erderhitzung mit verheerenden Folgen können wir uns nicht mehr anpassen. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, werden wir die Thüringer Natur und Landschaften in 30 Jahren kaum wiedererkennen können.

Wir stehen zum Pariser Klimaabkommen und engagieren uns weiterhin in der „Under 2 Coalition“ – dem weltweiten Netzwerk der Regionen für ambitionierten Klimaschutz. Unser 2018 beschlossenes Klimagesetz – das erste Klimagesetz in Ostdeutschland – und der Klimapakt mit den Kommunen sind dabei die zentralen Instrumente. Wir wollen das Klimagesetz reformieren, um ein ambitioniertes Ziel von Klimaneutralität bis 2040 ergänzen und durch Verbindlichkeitsmechanismen für eine konsequente Umsetzung sorgen. Mit dem Zukunftsfonds wollen wir den Klimapakt fortführen und finanziell aufstocken.

Eine Versorgung mit erneuerbarer Energie und Wärme ist dafür die Grundvoraussetzung. Wind, Sonne, Wasserkraft, Biogas und Umweltwärme – mit diesen Energiequellen zusammen mit Strom- und Wärmespeichern, grünem Wasserstoff sowie intelligenten Energienetzen machen wir es möglich, unser Energiesystem auf eine erneuerbare Basis zu setzen. Überall im Land gibt es bereits innovative Lösungen, die sich gut übertragen lassen – sei es der klimafreundlich sanierte Plattenbau mit Wärmerückgewinnung und Fassaden-Photovoltaik in Stadtroda sowie die solar, mit Geothermie oder Bioenergie betriebenen effizienten Wärmenetze in Mühlhausen, Werther oder Schlöben. Vom Eichsfeld und Wartburgkreis bis nach Suhl und Gera rollen bereits E-Busse sauber, sicher und leise quer durchs Land.

Dabei halten wir Kurs und geben Planungssicherheit beim Umstieg von Fossile auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Energieeinsparungen. So sichern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und erhalten die Freiheit von uns, unseren

Kindern und Enkelkindern. Die Energiewende schafft zukunftssichere Jobs, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und reduziert sowohl die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft von internationalen Öl- und Gaspreisschwankungen als auch die Importabhängigkeit von Autokratien.

Doch dieser Umbau verlangt nach großen Investitionen in allen Bereichen – von Privathaushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand. Die Modernisierung unseres Landes ist eine Gemeinschaftsaufgabe, für die wir verlässlich geplante Zukunftsinvestitionen in ausreichender Höhe benötigen. Niemand bleibt bei dieser Aufgabe allein.

Vorausschauende Politik bedeutet für uns, langfristig nachhaltige Lösungen zu finden, statt kurzsichtige Symptombekämpfung zu betreiben. Nur durch eine konsequente Energiewende in allen Bereichen lösen wir das Problem der Klimakrise nachhaltig. Deshalb werben wir dafür, jetzt an allen Stellen gemeinsam anzupacken – bei uns zu Hause, in unseren Kommunen und in der Fläche. Lasst uns unser Land gemeinsam zukunftsfest machen.

Kernziele:

- Reform des Klimagesetzes mit Klimaneutralität Thüringens bis 2040 als Zielstellung
- 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2035
- Treibhausgase durch natürlichen Klimaschutz binden und Kohlenstoffsenken wie etwa den Wald schützen
- Aufsetzen eines Thüringer Zukunftsfonds zur Finanzierung von Investitionen in den klimaneutralen Umbau unserer Kommunen, der Wirtschaft und Infrastruktur
- Klimacheck für Gesetzesvorhaben und Haushaltsentscheidungen, klimaschädliche Ausgaben abbauen

Erneuerbare Energien ausbauen und Teilhabe vereinfachen

Auf Bundesebene haben wir dem Ausbau der erneuerbaren Energien bereits wieder den dringend notwendigen Schwung verliehen. So wurde beispielsweise die Umsatzsteuer bei der Anschaffung einer PV-Anlage auf 0 % gesenkt, die Vergütung für Dachanlagen erhöht und der Netz-Anschluss vereinfacht. Mit dem Thüringer Solarrechner haben wir es auf Landesebene für private Eigentümer*innen kinderleicht gemacht, zu prüfen, ob sich ihr Dach für eine Solaranlage lohnt.

Damit wir aus der klimaschädlichen Verbrennung von Kohle- und Erdgas aussteigen können, haben wir bereits die Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Bereitstellung von 2 % der Landesfläche Deutschlands für die Windenergie gesetzlich festgeschrieben. Im Thüringer Landtag haben wir ein Windenergiebeteiligungsgesetz eingebracht, welches sicherstellen soll, dass die Bevölkerung und die Kommunen vor Ort am Erlös der Anlagen finanziell profitieren. Zudem haben wir Handlungsleitfäden erarbeitet, mit denen die Standortwahl für Windräder so getroffen werden, dass sie nicht im Konflikt zum Artenschutz stehen und die Energieberatung bei der Thüringer Verbraucherzentrale kostenfrei gemacht. Wir haben außerdem die Landesenergieagentur ausgebaut, die

neben Privaten auch Kommunen und Unternehmen im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Ressourcenschutz berät.

Durch eine integrierte Netzplanung der Strom- und Wärmenetze zusammen mit allen Thüringer Akteuren setzen wir uns dafür ein, dass der Netzausbau Schritt hält. Mit der Thüringer Fachkräftestrategie sorgen wir dafür, dass die Pläne auch in die Praxis umgesetzt werden können. Unser Ziel: Diesen Schwung aufrechtzuerhalten und den Ausbau deutlich anzukurbeln.

Dafür fordern wir:

- Reform des Landesplanungsrechts, um energiepolitische Zielstellungen verbindlich durchzusetzen und eine bessere Beteiligung von Bürger*innen zu ermöglichen
- Schnelle und rechtssichere Ausweisung von Windvorranggebieten in den Regionalplänen, damit Unternehmen wie das Stahlwerk in Unterwellenborn oder die Glasindustrie in Südthüringen bald Zugang zu Strom aus Erneuerbaren erhalten
- Um den Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik besser zu orchestrieren, sollen die Regionalpläne stärker vom Instrument der Vorranggebiete für Wind, Freiflächensolar und landwirtschaftliche Bodennutzung Gebrauch machen
- Solardächer als Standard bei Neu- und Umbauten setzen.
- Priorität der Nutzung von vorbelasteten statt landwirtschaftlichen Flächen für Freiflächen-Photovoltaik – etwa Brach- und Konversionsflächen, Parkplätze, Deponien oder Verkehrsrandstreifen
- Siegel „Faire Solarenergie“ für Freiflächenanlagen einführen, das hohe Standards für Beteiligung von Bürger*innen und finanzielle Beteiligungen der Kommunen gewährleistet
- Pilotprojekte für die duale Nutzung von Photovoltaik und Naturschutzflächen (Biodiversitäts-PV) bzw. Acker- oder Parkplatzflächen (Agri-/Parkplatz-PV) umsetzen
- Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten zu Dachsolaranlagen und Mieterstrom
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erlösen von Windanlagen über ein Energiebeteiligungsgesetz garantieren
- Förderung der Akzeptanz und Akteursvielfalt bei der Energiewende durch mehr Anlagen in Bürger*innen- oder kommunaler Hand

Energiewende, flexible Energieträger und Netze

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es nicht nur Sonne und Wind. Sondern auch die Ergänzung durch flexible Energieträger wie Biogas und grünen Wasserstoff, Energiespeicher, gut ausgebaute intelligente Verteilnetze und eine Flexibilisierung des Verbrauchs. Hierfür arbeiten wir zusammen mit regionalen Unternehmen bereits an der Umstellung von Erdgasleitungen auf

Wasserstoff und die Erzeugung von grünem Wasserstoff aus Wind- und PV-Anlagen, um unter anderem das Industriegebiet am Erfurter Kreuz zu versorgen. Bei Henschleben entstand ein erster Solarpark auf einer Deponiefläche mit integriertem Stromspeicher. Und die Stadtwerke Jena errichteten einen Heißwasserspeicher, um beispielsweise günstigen Windstrom in die Fernwärme einzuspeisen. Für die entsprechenden Regelungen und den Ausbau der Infrastruktur werden wir uns weiter engagieren.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Vorantreiben des dezentralen Ausbaus und der Digitalisierung der Stromverteilnetze, um die Versorgungssicherheit und den zügigen Anschluss von neuen Anlagen zu garantieren
- Beratung für Nutzungskonzepte bestehender Biogas- und Wasserkraftanlagen sichern und fortführen
- Aufbau von regionalen Netzen für grünen Wasserstoff vorantreiben und Anschluss Thüringens an das entstehende europäische Netz garantieren, priorisierten Einsatz zur Stromnetzstabilisierung und für industrielle Hochtemperaturanwendung ermöglichen
- Beschleunigung und Kostensenkung durch eine integrierte Infrastrukturplanung z.B. von Energie- und Glasfasernetzen.
- Erhalt bestehender Pumpspeicherkraftwerke und Aufbau weiterer Energiespeicherkapazitäten innerhalb eines neuen Regulierungsrahmens für Energiespeicher
- Potenziale bei Nachfrageflexibilität insbesondere in der Industrie heben

Wärmewende: klimafreundlich, behaglich und bezahlbar

Wärme ist ein menschliches Grundbedürfnis. Gleichzeitig macht die Wärmeversorgung ca. 40 Prozent unseres energiebedingten CO2-Ausstoßes aus. Wollen wir jedoch die Emissionen und unsere Heizkosten deutlich reduzieren und gleichzeitig unseren Wohnkomfort erhalten, müssen hier deutliche Fortschritte erzielt werden. Um auch in der Wärmeversorgung unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, ist es daher notwendig und richtig, dass Öl- und Gasheizungen sowie fossile Heizkraftwerke durch erneuerbare Anlagen ersetzt werden. Erneuerbare Wärme ist möglich!

Mit (Groß-)Wärmepumpen, Elektrokesseln, Geo-, Fluss- und Solarthermie, Abwärme oder Biomasse stehen verschiedene Alternativen zur Verfügung, die individuell auf den Anwendungsfall angepasst werden müssen. Doch dafür braucht es deutliche Investitionen der öffentlichen Hand, die wir über einen Zukunftsfonds finanzieren wollen. Beim Klimaschutz im Wärmebereich gibt es auch sehr gute gemeinschaftliche Lösungen: Wärmenetzprojekte wie das in Werther haben bewiesen, dass kollektive Lösungen Synergieeffekte bergen und günstiger sind, als wenn jedes Gebäude einzeln umzustellen. Daher setzen wir vor allem auf den Aus- und Aufbau von Nah- und Fernwärmenetzen. Thüringen mit seinem hohen Anschlussgrad von Fernwärme hat hier bereits gute Startvoraussetzungen. Auch mit Sanierungen von Wohngebäuden lässt sich der Heizbedarf reduzieren. Damit diese zeitnah und

ohne finanzielle Überforderung von Mieter*innen und Eigentümer*innen zum Einsatz kommen können, fordern wir:

- Ausweitung des Programms der Thüringer Wärmeoffensive zur klimaneutralen Umstellung der Wärmeversorgung von Gebäuden und Quartieren in der Breite
- Aufsetzen eines an Thüringer Bedingungen angepassten Förderprogramms für Gebäudesanierungen und klimaneutrale Umrüstung von Heizungen im Rahmen des Zukunftsfonds
- Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei der Aufstellung von kommunalen Wärmeplänen und beim Um- und Ausbau der Fernwärmenetze
- Minimierung des Einsatzes von grünem Wasserstoff in der zukünftigen Wärmeversorgung

Öffentliche Hand: Servicebehörden mit Vorbildwirkung

Wir stehen für eine öffentliche Verwaltung, die informiert, ermöglicht und selbst vorangeht, um den Erfolg der Energie- und Wärmewende voranzutreiben. Im Bereich des Immissionsschutzes, für den wir verantwortlich waren, setzten wir auf eine frühzeitige Kommunikation zwischen Vorhabenträger*innen und Behörden sowie den Bürger*innen und – bspw. wie im Fall der Batteriefabrik am Erfurter Kreuz – auf Antragskonferenzen, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Im Rahmen des Klimapaktes erhalten Kommunen – ohne einen Antrag stellen zu müssen – Mittel, die sie für eine breite Palette an Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen verwenden können.

Darauf aufbauend setzen wir uns ein für:

- Beschleunigung der Bearbeitung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieinfrastruktur durch die Vereinfachung von Verfahren für die Antragsteller*innen, die Restrukturierung von Entscheidungskompetenzen und mehr Personal in den Genehmigungsbehörden
- Verstetigung und Aufstockung der finanziellen Unterstützung für kommunalen Klimaschutz (Klimapakt), um Klimaschutz- und Energiemanagement sowie die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen flächendeckend und unbürokratisch insbesondere in finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen
- Stärkung der Landesenergieagentur (ThEGA) zur Verbesserung von Beteiligungsprozessen und des Informationsangebots zur Energie- und Wärmewende für Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen
- Beschleunigte energetische Modernisierung von Landesliegenschaften und Ausstattung mit Solardächern, Umstellung des landeseigenen Fuhrparks auf E-Mobilität, Einführung eines CO2-Schattenpreises für öffentliche Anschaffungen